



8. Jahrgang • Nr. 51

März 2009

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

STANDPUNKT

- 2 Martin Dörmann: Verantwortliche Politik für Arbeitsplätze in Zeiten der globalen Krise

WAHLKREIS

- 3 SPD-Neujahrsempfang in Porz mit Franz Müntefering (Bericht)
- 4 Veranstaltung mit Gesine Schwan am 9. März

BUNDESTAG

- 5 Veranstaltung: Innovationsmotor Raumfahrt
- 6 Konjunkturpaket II
- 8 Kommunales Investitionsprogramm
- 10 Breitbandstrategie der Bundesregierung
- 11 Einsatz für Arbeit – Gastbeitrag von Arbeitsminister Olaf Scholz
- 13 Infos zur Umweltprämie

BUCHVORSTELLUNG

- 14 Bücher von Gesine Schwan und Frank Steinmeier

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 15 Vorgestellt: Jens Böhrnsen

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Sitzungswochen, Infos, WK-Spendenkonto, Büroanschriften, Impressum



Franz Müntefering und Martin Dörmann beim SPD-Neujahrsempfang in Porz (Bericht auf Seite 3)

Konjunkturpaket II

Infos ab Seite 6

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 27.2.2008

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB

 **SPD**
BUNDESTAGS
FRAKTION

Verantwortliche Politik für Arbeitsplätze in Zeiten der globalen Krise

Liebe Leserinnen und Leser,

wer es noch nicht wusste, der spürt es spätestens jetzt: Wir leben in und mit einer **globalisierten Wirtschaft**. Ausgelöst von der US-Immobilien- und Bankenkrise hat die Rezession in rasanter Geschwindigkeit fast alle Länder dieser Welt getroffen.

Deutschland als **Exportweltmeister** ist naturgemäß besonders tangiert. So sehr wir in guten Zeiten profitieren: Wir können uns gegen das Wegbrechen einzelner Märkte nicht immun machen.

Mit dem **Finanzmarktstabilisierungsgesetz** und **zwei Konjunkturpaketen** hat die Große Koalition in kürzester Zeit Maßnahmen ergriffen, die den Abschwung immerhin abfedern und neues Vertrauen schaffen können.

Sie tragen alle eine deutliche sozialdemokratische Handschrift. **Peer Steinbrück** ist bei der Rettung sowie Regulierung der Finanzmärkte vorne weg. Und im Konjunkturpaket II wurde etwa 90 Prozent dessen umgesetzt, was **Frank Steinmeier** am 5. Januar als Konzept der SPD in die Koalitionsrunde eingebracht hat. Während gleichzeitig die Union samt Kanzlerin keinen Plan hatte!

Die **SPD** hat in der Großen Koalition für ein ausgewogenes Maßnahmenbündel gesorgt und folgt bei der Bewältigung der Krise folgenden **Leitlinien**:

1. Vertrauen in das Bankensystem und dessen Funktionsfähigkeit wiederherstellen

Der **Rettungsschirm für Banken** dient nicht dazu, Bankern ihre Boni zu sichern. Ganz im Gegenteil: Wir wollen Managergehälter begrenzen. Aber ohne ein funktionsfähiges Banken- und Finanzwesen bekommen Unternehmen keine Kredite mehr, werden Arbeitsplätze und Bankguthaben von Kunden gefährdet. Lösen lässt sich die globale Krise letztlich nur dann, wenn es gelingt, neues Vertrauen zu schaffen, vor allem auch durch eine wirksame **internationale Regulierung**. Die SPD hat hierzu weitgehende Vorschläge vorgelegt.

2. Vorrang für Investitionen und Bildung

Die SPD hat für ein **kommunales Investitionsprogramm** als Kernstück des Konjunkturpaketes II gesorgt. Wir wollen, dass dort Geld zügig ankommt, wo es am dringendsten benötigt und am schnellsten umgesetzt wird: in den Kommunen. 65 Prozent der Mittel fließen dabei in den Bereich Bildung, so dass insbesondere die jüngere Generation davon profitieren wird.

3. Entlastungen mit sozialer Komponente

Im Vergleich zu Investitionen haben Entlastungen weniger starke Auswirkungen auf die Konjunktur, weil ein Teil des Geldes gespart wird und nicht in zusätzlichen Konsum fließt. Deshalb gilt für Sozialdemokraten: Entlastungen auf Pump müssen vernünftig begrenzt bleiben und vor allem dort ankommen, wo das Geld auch ausgegeben wird, nämlich bei den unteren und mittleren Einkommen. Deshalb haben wir die **Absenkung der Krankenkassenbeiträge**, von denen auch Rentner profitieren, und bei der **Steuerentlastung** die Absenkung des Eingangssteuersatzes sowie die Anhebung des Grundfreibetrages durchgesetzt.

4. Begrenzung der Schuldenaufnahme

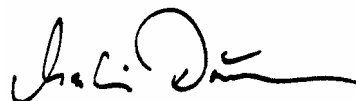
Es ist notwendig und gerechtfertigt, in Zeiten der Rezession zusätzliche Schulden aufzunehmen, um einen Teufelskreislauf zu verhindern und positive Wirtschaftsimpulse zu setzen. Eine uferlose Verschuldung wäre aber ein Vergehen gegen die jüngere Generation, zumal diese aufgrund der demografischen Entwicklung ohnehin zusätzliche Lasten zu tragen haben wird. Deshalb ist es richtig, durch eine **Schuldenbremse** und einen **Tilgungsfonds** dafür Sorge zu tragen, dass in guten Zeiten Schulden begrenzt werden und gleichzeitig eine Rückzahlungsverpflichtung festzuschreiben. Eine zu hohe Verschuldung hätte im Übrigen auch ökonomisch negative Folgen, weil sie Vertrauen zerstört.

5. Schutzschirm für Arbeitsplätze

Für uns Sozialdemokraten geht es bei allen Maßnahmen insgesamt um eine verantwortliche Politik zur Sicherung von Beschäftigung und unserer strukturellen Zukunftsfähigkeit. Das gilt etwa auch für die Unterstützung der besonders betroffenen **Automobilbranche** als Schlüsselindustrie oder für die verlängerten und verbesserten Regelungen zum **Kurzarbeitergeld**. Sie sollen eine Brücke bauen, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Bei den aktuell diskutierten Hilfen für ins Wanken geratene **Unternehmen** muss es letztlich um die Frage gehen, inwieweit überzeugende Konzepte vorliegen, die Arbeitsplätze nachhaltig sichern helfen.

Herzlichst

Ihr




Aus Franz wurde Franziska II.

Müntefering begeisterte vollen Saal beim SPD-Neujahrsempfang in Porz

Einen tollen Auftakt für das Wahljahr 2009 konnte der SPD-Stadtbezirk Porz/Poll feiern. Zum 28. Neujahrsempfang für Arbeitnehmer begrüßte Stadtbezirksvorsitzender **Ingo Jureck** über 350 Gäste im voll besetzten Rathaussaal, darunter Kölns SPD-Vorsitzender **Jochen Ott**, Landtagsabgeordneter **Stephan Gatter** und Europakandidat **Sebastian Hartmann**. Sie alle waren gekommen, um den SPD-Parteivorsitzenden **Franz Müntefering** als prominenten Hauptredner zu hören.

Zunächst aber stellte **Martin Dörmann** OB-Kandidat **Jürgen Roters** sowie die SPD-Ratskandidaten vor, danach SPD-Spitzenkandidat **Willi Stadoll** sein Team für die Bezirksvertretung. In einer Talkrunde fragte **Volkmar Schulz** die Drei, welche Erinnerungen sie an den Wahlkampf-spruch „Willy wählen“ haben, den sich Willi Stadoll als Motto für seinen Wahlkampf zum Bezirksbürgermeister „ausgeliehen“ hat.

Es folgte der schon traditionelle Einzug des Porzer Dreigestirns, das in diesem Jahr mit besonderem Temperament und einer tollen Tanzeinlage zu glänzen wusste. Natürlich ließ es sich nicht nehmen, Müntefering auf die Bühne zu bitten, um ihm

einen Orden zu überreichen.

In seiner Rede ging „Münte“ nur kurz auf den Beraterskandal der Kölner CDU ein: „Wählt sie ab, sorgt dafür, dass Köln wieder sozialdemokratisch regiert wird.“ Ansonsten widmete er sich ausführlich den Themen Finanzmarktkrise, Beschäftigung, Bildung und soziale Gerechtigkeit.



Franz Müntefering forderte auf, sich für die Demokratie zu engagieren



„Unser Dreigestirn für Deutschland“

Unter diesem Titel überreichte Martin Dörmann an Franz Müntefering eine von Tim Cremer gestaltete Fotocollage mit der SPD-Troika als Dreigestirn: **Prinz Frank-Walter I., Jungfrau Franziska II. und Bauer Peer III.** Münte sah sich gut getroffen: „Hofentlich sind Frank und Peer nicht sauer, dass ich der Schönste bin.“ Das Bild wurde auf der Bühne und vom Publikum begeistert aufgenommen. Klar, dass Jungfrau „Franziska II.“ später reichlich Autogramme auf die ausliegenden Kopien schreiben musste.

→ Mehr Bilder auf der Homepage www.martin-doermann.de (unter Fotos)



Der Gag kam bei Münte gut an



So motiviert hielt er eine besonders engagierte Rede



Gruppenbild mit Münte

Das Bild zeigt Franz Müntefering beim SPD-Neujahrsempfang in Porz mit den Porzer Kommunalwahlkandidaten, ergänzt um OB-Kandidat Jürgen Roters, Kölns SPD-Chef Jochen Ott und Martin Dörmann. Von links nach rechts: Joachim Helmrich, Jochen Ott, Ulf, Florian, Monika Möller, Lutz Tempel, Christian Joisten, Jürgen Roters, Frank Schneider, Martin Dörmann, Franz Müntefering, Willi Stadoll, Elke Heldt, Ingo Jureck, Kirsten Glunz, Simon Bujanowski, Guido Tillmann, Karl-Heinz Pepke, Thomas Salzmann, Andreas Weidner.

„Fraktion vor Ort“ mit den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Mehr Engagement für Demokratie wagen!

Was können Bürgergesellschaft und Politik leisten?

Vortrag und Diskussion mit:

Gesine Schwan

Präsidenschaftskandidatin der SPD

Montag, 9. März 2009, 19.30 Uhr

KOMED, Raum 1-3, Mediapark 6, 50670 Köln (Innenstadt)



Gesine Schwan

Unsere Demokratie befindet sich in einer Vertrauenskrise. Die traditionellen Parteibindungen nehmen ab. Die Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement aber ist nach wie vor hoch, denn wir sind in keinem unpolitischen Zeitalter. Die sinkende Wahlbeteiligung und die nicht nur gelegentlich zu spürende allgemeine Politikverdrossenheit sollten uns zu denken geben; denn hier droht ein nachhaltiger Vertrauensverlust. Ohne ein bestimmtes Maß an Grundvertrauen kann aber eine Demokratie ihre Aufgaben nicht erfüllen.

Die Parteien bleiben unverzichtbares Element einer demokratischen Gesellschaft. Sie bündeln Überzeugungen und Interessen in der Bevölkerung. Sie transportieren im politischen Willensbildungsprozess die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in die jeweiligen Entscheidungs- und Handlungsebenen unseres Gemeinwe-

sens. Dazu brauchen sie demokratische Strukturen, Beweglichkeit, Fantasie, klare Profile, Verlässlichkeit und Vertrauen. Die Menschen haben es selbst in der Hand, ihre Zukunft friedlich, gerecht und solidarisch zu gestalten.

Die große Aufgabe der SPD-Bundestagfraktion für das 21. Jahrhundert lautet, die Globalisierung durch demokratische Politik gerecht zu gestalten. Wie kann die Bürgergesellschaft zu mehr Engagement ermutigt werden? Was kann die Politik dazu beitragen? Gesine Schwan skizziert die Forderungen, die Idee einer guten und solidarischen Bürgergesellschaft und macht Vorschläge für die Zukunft sozialer Demokratie.

Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten freuen sich auf eine spannende Diskussion mit Gesine Schwan und laden herzlich zu dieser Veranstaltung ein.

→ **Siehe auch: Buchvorstellung auf Seite 14**

„Leitmärkte der Zukunft“: Innovationsmotor Raumfahrt

Martin Dörmann moderierte Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion

Auf Einladung von **Martin Dörmann**, stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, und **Edelgard Bulmahn**, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie, kamen in Berlin über 100 Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen, um über die Raumfahrt als Innovationsmotor zu diskutieren. Die Veranstaltung bildete den Auftakt einer Reihe der SPD-Bundestagsfraktion unter dem Oberbegriff „Leitmärkte der Zukunft“.



Astronaut **Thomas Reiter** und **Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee** stellten in ihren Vorträgen die Bedeutung der Raumfahrt für die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze heraus. Weitere Gäste in der anschließenden, von Martin Dörmann moderierten Diskussionsrunde waren **Evert Dudo**, Vizepräsident des Bundesverbandes der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI), und **Arnim Eglauer**, stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender des Raumfahrtkonzerns EADS Astrium.

Im Anschluss an die Veranstaltung erklärten Edelgard Bulmahn und Martin Dörmann:

„Die Raumfahrt ist ein wichtiger Motor für Innovationen und Zukunftstechnologien. Wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau, die Umwelttechnologien, die Logistik oder die Medizintechnik ist sie einer der wesentlichen Leitmärkte und damit Wachstumstreiber für unser Land.

Deutschland ist international führend in Forschung und Entwicklung wie auch in der Anwendung. Die Raumfahrt spielt eine wesentliche Rolle bei der Weiterentwicklung bedeutender Technologien wie

der Sensorik, der Optoelektronik, der Navigation, der Robotik, der Lasertechnik oder auch der Informations- und Kommunikationstechnologien. Sie sind über die Raumfahrt hinaus Voraussetzung dafür, dass die führende deutsche Position in den wesentlichen Technologiefeldern gehalten werden kann.

Damit wir unsere internationale Spitzenstellung in der Raumfahrt verteidigen und ausbauen können, bedarf es klarer Wachstumsstrategien. Ein neues Nationales Weltraumprogramm muss eine Gesamtstrategie deutscher Weltraumpolitik für die nächsten zehn Jahre darlegen. Die Einbeziehung aller wichtigen Akteure aus Forschung, Industrie und Politik ist Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Gesamtstrategie.

Nationale Priorität müssen dabei die Weiterentwicklung und der Ausbau der Erdbeobachtung, der raumfahrtgestützten Kommunikationstechnologien, der optischen Technologien und der Robotik besitzen. Darüber hinaus muss Deutschland auch weiterhin seine Interessen in der europäischen und internationalen Zusammenarbeit und hier vor allem in der Europäischen Raumfahrtagentur ESA erfolgreich durchsetzen.“



Martin Dörmann konnte mit Bundesminister Tiefensee und Astronaut Thomas Reiter zwei kompetente Referenten begrüßen

→ Eine Dokumentation der Veranstaltung ist in Kürze abzurufen auf www.martin-doermann.de

Konjunkturpaket II: Handeln für Stabilität und Beschäftigung

Am 13. Februar 2009 wurde das Gesetzbündel für das Konjunkturpaket II in 2./3. Lesung auf den Weg gebracht. Das Bündel beinhaltet den Gesetzentwurf zum „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ (Drs. 16/11740, 16/11801), die Neuordnung der Kraftfahrzeugsteuer (Drs. 16/11742, 16/11902) und die damit verbundene Änderung des Grundgesetzes (Drs. 16/11741, 16/11901) sowie den Nachtragshaushalt 2009 (Drs. 16/11700, 16/11921). Der Bundesrat hat zwischenzeitlich dem Konjunkturpaket zugestimmt, wegen der Kfz-Steuer aber noch den Vermittlungsausschuss angerufen, um die Neuverteilung der Finanzen zu klären.

Mit dem zweiten Konjunkturpaket sollen vor allem folgende Ziele erreicht werden: Arbeit sichern, Menschen stärken, Zukunftsmärkte erschließen und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft voranbringen. Die Maßnahmen sollen mit einem kurzfristigen Impuls die Binnenkonjunktur stützen, aber vor allem unser Land und die Menschen in der Krise strategisch stärken. Für eine innovative Wirtschaft, die auf nachhaltiges Wachstum setzt. Für eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, weil die Kreativität unserer Kinder und aller Menschen Deutschlands wichtigste Produktivkraft sind. Für eine gerechte Gesellschaft, in der jeder Mensch eine faire Chance erhält, in der niemand abgestempelt oder zurückgelassen wird. Zusammen mit den schon beschlossenen Maßnahmen setzt der Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland insgesamt über 80 Milliarden Euro zielgerichtet für die Überwindung der Krise und die umfassende Modernisierung des Landes ein. Das ist ein massiver Wachstumsimpuls und eine starke Antwort auf die Auswirkungen der globalen Rezession.

Sozialdemokratische Handschrift

Das zweite Konjunkturpaket geht im Wesentlichen auf den von Frank-Walter Steinmeier entwickelten Wachstums- und Stabilitätspakt zurück. Somit trägt der Maßnahmenkatalog eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. Das Bündel mit einem Umfang von 50 Milliarden Euro setzt auf einen Mix an Maßnahmen, die sich gegenseitig ergänzen, verstärken, rasch und nachhaltig und nur miteinander wirken.

1. Maßnahmen mit kurz- und mittelfristiger Wirkung

Entlastung der privaten Haushalte

- **Senkung der Einkommensteuer:** Rückwirkend zum 1.1.2009 sinkt der Eingangssteuersatz von 15 auf 14 Prozent. Außerdem erhöht sich der Grundfreibetrag auf 7.834 Euro in 2009, auf 8.004 Euro in 2010.
- **Senkung der Krankenkassenbeiträge:** Zum 1.7.2009 sinkt der Beitragssatz zur gesetzli-

chen Krankenversicherung von 15,5 auf 14,9 Prozent.

- **Kinderbonus:** Für jedes Kind gibt es einen einmaligen Bonus in Höhe von 100 Euro. Kindergeldempfänger erhalten es automatisch von der Familienkasse.
- **Zusätzlicher Kinderregelsatz:** Die Regelsätze für 6 bis 13-jährige Kinder von Hartz-IV-Empfängern werden auf 70 Prozent (monatlich 35 Euro mehr) erhöht.

Kredit- und Bürgschaftsprogramm für die Wirtschaft

- **Stärkung Mittelstand:** Zur Sicherung der Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben wird das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) für mittelständische Unternehmen (mit bis zu 250 Mitarbeitern) weiter ausgeweitet. So werden 2009 und 2010 auch größere Unternehmen (bis 1.000 Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland) gefördert.
- **Stärkung größerer Unternehmen:** Die Kreditversorgung der Wirtschaft soll gesichert werden. Im Rahmen weiterer Kredit- und Bürgschaftsprogramme wird analog zum KfW-Sonderprogramm 2009 auch ein Kreditprogramm für größere Unternehmen aufgelegt. Auch dafür werden strenge Kriterien aufgestellt.
- **Ausweitung der Exportfinanzierung:** Erweiterung der bundesgedeckten Exportfinanzierung.
- **Stärkung der Pkw-Nachfrage:** Zur Ankerbelohnung des Neuwagenverkaufs erhält jeder, der einen mindestens seit einem Jahr auf ihn zugelassenen, neun Jahre oder älteren Pkw verschrottet und einen Neuwagen oder einen Jahreswagen kauft, eine Umweltprämie in Höhe von 2.500 Euro.
- **Umstellung der Kfz-Steuer:** Zum 1.7.2009 wird die Kfz-Steuer umgestellt: Unter anderem wird sich die Steuer am CO₂-Ausstoß orientieren und besonders umweltschonende Pkw werden begünstigt. Gleichzeitig wird die Entwicklung von umweltfreundlichen Motoren stärker gefördert.
- **Leistungsfähige Breitbandnetze:** Der Ausbau der Breitbandnetze für das Internet wird massiv vorangetrieben, damit auch ländliche Regionen einen schnellen Zugang zum Internet bekommen.

Qualifikationsoffensive für Arbeitnehmer

- **Neue Ausgestaltung der Kurzarbeit:** Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt die Hälfte der auf Kurzarbeit entfallenden Sozialbeiträge. Nutzt ein Arbeitnehmer die Kurzarbeit zur Weiterbildung, übernimmt die Bundesagentur die

Sozialbeiträge komplett. Zudem wird die Beantragung von Kurzarbeitergeld vereinfacht.

- **Weitere Qualifizierungsmaßnahmen:** Das Sonderprogramm WeGebAu für ältere und gering qualifizierte Arbeitnehmer wird weiter ausgebaut. Außerdem gibt es zusätzliche Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitsuchende, junge Menschen ohne Berufsausbildung und Jugendliche ohne Lehrstelle.
- **Arbeitslosenversicherung:** Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung bleibt bis Ende 2010 bei 2,8 Prozent.
- **Verbesserungen für Leiharbeit:** Arbeitgeber, die in Leiharbeit beschäftigte Arbeitnehmer wieder einstellen, erhalten Zuschüsse zu deren Qualifizierung. Weiterhin ist ein Mindestlohn für Leiharbeiter geplant.
- **Aufstockung der Arbeitsagenturen:** Die Arbeitsagenturen erhalten 5.000 zusätzliche Vermittlerstellen.

2. Maßnahmen mit kurz- und langfristiger Wirkung

- **Nachhaltige Zukunftsinvestitionen:** 4 Milliarden Euro investiert der Bund zusätzlich in die Infrastruktur, weitere 10 Milliarden Euro fließen vom Bund im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms in die Städte und Gemeinden.
- **Zukunftsinvestition Bildung:** Mit umfangreichen Finanzmitteln werden Kindergärten, Schulen und Hochschulen saniert und ausgestattet sowie in Forschung investiert.
- **Zukunftsinvestition Infrastruktur:** Weitere Mittel fließen in den Städtebau, Lärmschutz, Krankenhäuser und andere öffentliche Gebäude. Darüber hinaus wird vermehrt in den Ausbau und die Erneuerung von Straßen, Schienen und Wasserstraßen investiert.
- **Zukunftsinvestition Klimaschutz:** Die Investitionsmaßnahmen in Bildung und Infrastruktur erfolgen unter besonderer Berücksichtigung von Klimaschutz und Energieeffizienz.
- **Beschleunigung von Investitionen:** Um eine schnelle Vergabe der den Kommunen zur Verfügung gestellten Finanzmitteln zu ermöglichen, wird das Vergaberecht für Aufträge vereinfacht.

3. Maßnahmen einer nachhaltigen Finanzpolitik

- **Vorübergehende Neuverschuldung:** Zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine vorübergehende Erhöhung der Staatsverschuldung unumgänglich. An dem Ziel einer

langfristig soliden und tragfähigen Finanzpolitik wird aber weiterhin festgehalten.

- **Tilgungsregeln:** Die neuen Schulden, die zur Finanzierung des Paketes notwendig sind, sollen schnellstmöglich wieder abgebaut werden. In das Gesetz, das den Sonderfonds zur Finanzierung vieler Maßnahmen errichtet, werden deshalb klare Tilgungsregeln aufgenommen.
- **Schuldenbremse:** Darüber hinaus ist die Einführung und Verankerung einer Neuverschuldungsregel (Schuldenbremse) im Grundgesetz geplant (Föderalismusreform II). Danach soll eine gesamtstaatliche Verschuldung der öffentlichen Haushalte in normalen Konjunkturlagen künftig nur noch in Höhe von maximal 0,35 Prozent des BIP zulässig sein.

Nachtragshaushalt 2009

Der Nachtrag zum Bundeshaushalt 2009 sieht eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 36,8 Milliarden Euro vor. Der Nachtragshaushalt schafft die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Umsetzung des Pakts für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland. Er berücksichtigt insbesondere die Steuermindereinnahmen, die sich durch Maßnahmen zum Pakt für Beschäftigung und Stabilität ergeben. Darüber hinaus stellt er den zusätzlichen Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 3,2 Milliarden Euro in Rechnung. Schließlich berücksichtigt er bereits feststehende Mehrbelastungen bei den Steuern, etwa durch die Entfernungspauschale, und auf dem Arbeitsmarkt.

Die Nettokreditaufnahme in Höhe von 36,8 Milliarden Euro liegt um 8,1 Milliarden Euro über der Summe der im Haushaltsplan 2009 veranschlagten Investitionen. Nach Artikel 115 Grundgesetz darf die Nettokreditaufnahme die Investitionen nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts überschreiten. Diese Konstellation ist im Jahr 2009 gegeben: Deutschland erlebt in diesem Jahr eine der heftigsten Rezessionen seiner Geschichte.

Das Ziel eines ausgeglichenen Bundeshaushaltes bleibt grundsätzlich erhalten. In der außergewöhnlichen Situation des Jahres 2009 müssen jedoch vorrangig die wirtschaftliche Substanz des Landes gesichert und die Aufschwungkkräfte gestärkt werden. Deshalb wird der für 2011 angestrebte Haushaltsausgleich vorübergehend zurückgestellt. Dies ist auch deswegen verantwortbar, weil mit der unter rot-grün begonnenen Konsolidierung die öffentlichen Haushalte mit großen Anstrengungen wieder auf ein solides Fundament gestellt wurden. Sobald der nächste Aufschwung einsetzt, wird der Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt werden. Das ist den Sozialdemokraten mit Blick auf die kommenden Generationen besonders wichtig.

→ Eine ausführliche Sonderausgabe der Berlin Depesche zum Konjunkturpaket II ist auf der Homepage abrufbar: www.martin-doermann.de

→ Weitere Informationen unter www.spdfraktion.de

Bund stellt 10 Milliarden Euro zur Verfügung – nach Köln fließen 100 Millionen

Einen bedeutenden Schwerpunkt des zweiten Konjunkturprogramms bildet das Programm Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder mit einem Volumen von 13,3 Mrd. Euro. Davon trägt der Bund 10 Milliarden Euro.

Die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes ist noch nicht unterzeichnet. Zur Zeit laufen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die endgültige Ausgestaltung, wobei insbesondere auch die Regelungen zur Zusätzlichkeit eine erhebliche Rolle spielen. Zusätzlichkeit bedeutet, Bundesmittel sollen nicht einfach Landesmittel ersetzen, sie dürfen nicht für Maßnahmen verwendet werden, die bereits im Landes- bzw. Kommunalhaushalt gesichert sind. Die Länder müssen zudem nachweisen, dass ihre Investitionsausgaben während der Umsetzung des Konjunkturprogramms gegenüber den Vorjahren nicht wesentlich sinken.

Für die Kommunen ist das Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder sowie die entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern von zentraler Bedeutung. Die jetzt vom Kabinett beschlossenen Vorhaben für die Kommunen entsprechen weitgehend den in den letzten Wochen getroffenen Verabredungen von Frank-Walter Steinmeier und der SPD-Spitze mit den kommunalen Vertretern und sind in dem Konzept von Frank-Walter Steinmeier „Wachstums- und Stabilitätspakt für Deutschland“ enthalten.

Damit zeigt die SPD erneut, dass sie die Kommunalpartei in Deutschland ist. Nach dem Erhalt und der Weiterentwicklung der Gewerbesteuer sowie der Sicherung des steuerlichen Querverbundes hat die SPD ein kommunales Investitionsprogramm initiiert, das vielen Kommunen dabei helfen wird, dringende Investitionsvorhaben zum Wohle ihrer Bürger zu realisieren.

Investitionsschwerpunkte sind Bildungseinrichtungen – insbesondere Maßnahmen zur Verringerung der CO₂-Emissionen und zur Steigerung der Energieeffizienz einschließlich des Einsatzes erneuerbarer Energien – und Investitionen in (sonstige) Infrastrukturbereiche.

Der von den Gemeinden zu erbringende Eigenanteil wird von den Ländern festgesetzt. 65 % oder 6,5 Mrd. € Bundesmittel sind für Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur vorgesehen, 35 % oder 3,5 Mrd. € Bundesmittel für den Investitionsschwerpunkt (sonstige) Infrastruktur.

Die Mittel sollen zu mindestens 70 % zur Finanzierung kommunal bezogener Investitionen eingesetzt werden. Antragsberechtigt ist jede der über 12.000 Gemeinden. Die Länder stellen sicher, dass finanzschwachen Gemeinden die gleiche Chance auf Teilnahme an dem Investitionsprogramm eingeräumt wird wie finanzstärkeren Kommunen. An kommunalen Investitionen beteiligen sich die Kommunen mit einem Eigenanteil, den die Länder festlegen.

Das Programm soll schnell konjunkturell wirken, um in der örtlichen Bauwirtschaft und beim Bauhandwerk Arbeitsplätze zu sichern. Deshalb können mit dem Programm nur solche baulichen Investitionen gefördert werden, die kurzfristig in 2009 und 2010 umsetzbar sind. Förderunschädlich ist, wenn mit der Investition nach dem 27.01.2009 (Termin des Kabinettschlusses) begonnen worden ist. Bereits früher begonnene aber noch nicht abgeschlossene Maßnahmen können gefördert werden, wenn es sich um den selbständigen Abschnitt eines laufenden Vorhabens handelt, dessen Finanzierung bislang nicht gesichert ist. Die Mittel sollen mindestens zur Hälfte bis Ende 2009 abgerufen werden.



Köln in Berlin

Auf Initiative von Martin Dörmann besuchten OB-Kandidat Jürgen Roters, SPD-Fraktionschef Martin Börschel und Stadtdirektor Guido Kahlen (v.l.) am 28. Januar die Kommunalpolitische Fachkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion, auf der das kommunale Investitionsprogramm erläutert wurde

Im Jahr 2011 können die Finanzhilfen nur für Investitionsvorhaben eingesetzt werden, die noch in 2010 begonnen wurden und bei denen im Jahr 2011 ein selbständiger Abschnitt des Investitionsvorhabens abgeschlossen wird. Damit kommen für das Programm in erster Linie Sanierungsmaßnahmen an vorhandenen Gebäuden in Betracht, die kurzfristig zu realisieren sind und für die (weitgehend) abgeschlossene Planungen vorliegen oder kurzfristig erstellt werden können. Bei der Bildungsinfrastruktur und bei der Infrastruktur in Städten besteht ein erheblicher und in vielen Gemeinden offensichtlicher Investitionsstau, der mit den Mitteln des Konjunkturprogramms abgebaut werden kann.

Investitionsschwerpunkt Bildungsinfrastruktur: Gefördert werden energetische Sanierungen an den rd. 48.000 Kindergärten, an rd. 40.000 Schulen und an Hochschulen sowie in Einrichtungen der Weiterbildung. Dabei kommt es – wie in den anderen Förderbereichen auch – nicht auf den jeweiligen Träger an. Dieser können das Land, der Kreis oder die Gemeinde genauso wie ein gemeinnütziger Verein oder eine Kirche sein (trägerneutral). Es muss nur gesichert sein, dass das Gebäude längerfristig auch unter Berücksichtigung der absehbaren demographischen Veränderungen genutzt werden soll.

Förderfähige Maßnahmen: Förderfähig ist die Sanierung der Gebäude, wobei der Schwerpunkt der Sanierung auf Maßnahmen zur Verringerung der CO₂-Emissionen und der Steigerung der Energieeffizienz auch unter Einsatz erneuerbarer Energien liegen muss („insbesondere energetische Sanierung“). Über die Hälfte der Schulen und Kindergärten sind in einem energetisch schlechten Zustand.

Investitionsschwerpunkt (sonstige) Infrastruktur: Der Katalog förderfähiger Bereiche umfasst u.a. Krankenhäuser, den Städtebau (ohne Abwasser und ÖPNV), Lärmschutzmaßnahmen an kommunalen Straßen, ländliche Infrastruktur (ohne Abwasser und ÖPNV) und sonstige Infrastrukturinvestitionen.

Infrastruktur im Städtebau: Darunter fallen in erster Linie die Gemeinbedarfseinrichtungen wie Jugend- und Altentreffs, Sportstätten, Stadtteilbibliotheken und Gebäude der (freiwilligen) Feuerwehren usw. Zur Infrastruktur im Städtebau zählen aber auch Kultureinrichtungen wie Museen und Theater. Zu nennen sind ferner das Rathaus und sonstige Verwaltungsgebäude der Stadt. Einrichtungen außerhalb der sozialen Daseinsvorsorge, die durch Gebühren oder Beiträge finanziert werden, werden nicht gefördert.

Lärmschutz an kommunalen Straßen: Die Konkretisierung erfolgt durch die Lärmaktionspläne nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. In Betracht kommen insbesondere Lärmschutzfenster, Abschirmungen und der Ersatz „lauter“ Fahrbahndecken.

Da den Ländern die Finanzmittel vom Bund zur eigenen Bewirtschaftung bereitgestellt werden, ist es den Ländern freigestellt, ob sie die Finanzmittel über Investitionspauschalen an die Kommunen weiterreichen, wie dies bereits in einigen Ländern vorgesehen ist, oder ein Antragsverfahren wählen. Weder im Gesetzentwurf noch in der Verwaltungsvereinbarung gibt es hierzu Festlegungen in die eine oder andere Richtung.



Fraktion vor Ort in Köln

Auf Einladung der vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten erläuterte Werner Gatzer (hier links) am 6. Februar das kommunale Investitionsprogramm. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium (SPD) hatte für den Bund mit den Ländern verhandelt. Nach seinem Vortrag und einer Einführung von Martin Dörmann diskutierte er mit den Abgeordneten sowie Jürgen Roters und Martin Börschel die Auswirkungen für die Stadt Köln

Die von den Kommunen zu tätigen Investitionsmaßnahmen müssen zusätzlich sein und bis Ende 2010 in Angriff genommen werden. Förderfähig sind auch Investitionen, die vor dem 27. Januar 2009 begonnen wurden und noch nicht abgeschlossen sind, wenn es sich um selbständige Abschnitte eines laufenden Vorhabens handelt und die Finanzierung dieser Abschnitte bislang nicht gesichert ist.

Hierzu wird in der Begründung zu diesem Paragraphen ausgeführt: „Zur Stärkung der konjunkturellen Entwicklung ist es entscheidend, dass die geförderten Maßnahmen zusätzlich erfolgen. Dies muss vorhabenbezogen gelten, d.h. die Finanzierung eines Vorhabens darf nicht bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan gesichert sein. Gleichzeitig muss die Zusätzlichkeit auch in Bezug auf die Summe der Investitionsaufgaben gewährleistet sein, die das jeweilige Land einschließlich Kommunen in einem Referenzzeitraum verausgabt. Die Verwaltungsvereinbarung enthält neben Regelungen zur Definition der Zusätzlichkeit zudem Vorschriften für den Nachweis der sachgerechten Verwendung der Finanzmittel. Ebenso wird durch die Verwaltungsvereinbarung eine gleichzeitige Förderung durch anderweitige Programme ausgeschlossen, mit Ausnahme der KfW-Programme „Investitionsoffensive Infrastruktur“.

Für die Umsetzung des kommunalen Investitionsprogramms ist auch die vorgesehene Vereinfachung des Vergaberechts von großer Bedeutung. Befristet auf zwei Jahre werden die Schwellenwerte bei Bauleistungen für beschränkte Ausschreibungen auf 1 Mio. € und für die freihändige Vergabe auf 100.000 € erhöht; für Dienst- und Lieferleistungen einheitlich auf 100.000 €. Der Bund wird hierzu entsprechende Erlasse auf den Weg bringen. Zudem sollen die Länder ihre Vorschriften ebenfalls anpassen.

Für das Land Nordrhein-Westfalen steht insgesamt eine Investitionssumme von 2,844 Mrd. Euro zur Verfügung, die sich zusammensetzt aus 2,133 Mrd. Euro Bundesmitteln und weiteren 711 Mio. Euro, die als Landesanteil gemeinsam von Land und Kommunen zu erbringen sind.

Von den 2,844 Mrd. Euro Gesamtinvestitionssumme wird das Land für eigene Investitionen im Hochschulbereich 464 Mio. Euro in Anspruch nehmen. Der verbleibende Teil von 2,38 Mrd. Euro steht für kommunale Investitionen zur Verfügung. Dies entspricht einem Anteil von 83,68 % am Gesamtpaket. Die verbreitete Zahl von 83% setzt sich aus den zwischen Bund und Ländern vereinbarten 70% (die ohne Abstriche an die Kommunen weiterzuleiten sind) sowie dem kommunalen Anteil der restlichen 30% zusammen. Das Land NRW finanziert diesen kommunalen Anteil aus einem Sonderfond vor - allerdings müssen die Kommunen ab 2012 ihren Eigenanteil mit einer Laufzeit von 10 Jahren tilgen.

Nach Köln werden 100,3 Millionen Euro pauschale Zuweisungen fließen, davon 72,6 Millionen Euro für den Investitionsschwerpunkt Bildung und 27,7 für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur.

→ **Nähere Infos:**

www.bmvbs.de; www.bundesfinanzministerium.de;
www.dstqb.de; www.staedtetag.de; www.landkreistag.de;
www.bundes-sqk.de; www.sqk-nrw.de; www.spd.de

Impulse für Milliarden-Investitionen in den schnellen Internet-Zugang

Am 18. Februar hat das Kabinett die Breitbandstrategie der Bundesregierung verabschiedet. Hierzu nachfolgend die Stellungnahme von **Martin Dörmann** als stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Berichterstatter für Telekommunikation:

Wir begrüßen und unterstützen die Breitbandstrategie der Bundesregierung. Eine investitionsorientierte Regulierung, die Nutzung der „Digitalen Dividende“ und verbesserte Rahmenbedingungen für den Infrastrukturausbau sind wesentliche Bausteine des flächendeckenden Breitbandausbaus.

Die SPD setzt sich seit langem dafür ein, die Versorgungslücken in der Fläche zu schließen und ganz Deutschland mit schnellen Internetverbindungen zu versorgen. Davon profitieren nicht nur ländliche Regionen und mittelständische Unternehmen, die an die Datenautobahn angeschlossen werden. Unser Ziel war auch stets, alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an den Chancen der Informationsgesellschaft zu beteiligen und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Es ist ein besonderes Anliegen von Frank Steinmeier und ihm zu verdanken, dass die Bundesregierung nun im Zusammenhang mit dem 2. Konjunkturpaket eine Breitbandstrategie verabschiedet hat, die zusätzliche Impulse für Milliarden-Investitionen in den zügigen flächendeckenden Breitbandausbau setzt. Das schafft vor allem auch positive Beschäftigungseffekte.

Die Ziele sind ehrgeizig gesteckt: Bis Ende 2010 sollen flächendeckend leistungsfähige Breitbandanschlüsse von einem Megabit pro Sekunde zur Verfügung stehen, bis 2014 mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit für 75 Prozent der Haushalte.

Dies erfordert zweistellige Milliardeninvestitionen der TK-Unternehmen. Deshalb ist es notwendig und zu begrüßen, dass die Bundesregierung ausdrücklich auf eine wachstums- und innovati-

onsorientierte Regulierung setzt.

Hierfür kommt der Bundesnetzagentur eine besondere Verantwortung zu. Die von ihr zu entwickelnden Eckpunkte müssen ökonomische und rechtliche Planungssicherheit schaffen, spezifische Risiken der investierenden Unternehmen berücksichtigen und ein geeignetes Risiko-Sharing regulatorisch absichern. Die kostspieligen Investitionen in den Infrastrukturausbau müssen von mehreren Unternehmen erfolgen, wenn man die formulierten Ziele erreichen will. Deshalb wird es auch weiterhin einen intensiven Wettbewerb in diesem Bereich geben.

Zur Unterstützung der Unternehmen und der besonders betroffenen Kommunen setzt die Bundesregierung darüber hinaus auf ein Maßnahmenbündel. Finanzielle Fördermaßnahmen, zusätzliche Hilfestellung beim Infrastrukturausbau und eine unterstützende Frequenzpolitik werden den Breitbandausbau weiter beschleunigen.

Die Nutzung eines Teils der „Digitalen Dividende“ für mobiles Internet ist dabei ein wichtiger Baustein. Die hierfür notwendigen rechtlichen und technischen Klärungen sollten nun unverzüglich erfolgen. In dem anschließend durch die Bundesnetzagentur durchzuführenden Vergabeverfahren wird darauf zu achten sein, dass die Bedingungen für die Mobilfunkunternehmen so gesetzt werden, dass zunächst vorrangig der Ausbau der nicht oder nur schlecht versorgten Regionen angegangen wird.

Die Bundesländer sind aufgefordert, die Breitbandstrategie der Bundesregierung tatkräftig zu unterstützen und sich an dem weiteren Prozess konstruktiv zu beteiligen.

→ **Die Breitbandstrategie der Bundesregierung ist nachzulesen unter www.zukunft-breitband.de**

Kurt Uhlenbruch mit großer Anteilnahme beigesetzt

In tiefer Trauer haben sich zahlreiche Parteimitglieder, Freunde und Bekannte am 15. Januar auf einer beeindruckenden Trauerfeier von Kurt Uhlenbruch verabschiedet. Der frühere Parteivorsitzende hat über mehrere Jahrzehnte die Kölner SPD und die Politik in Köln mit gestaltet und positiv belebt. Kurt Uhlenbruch war ein bedeutender Sozialdemokrat. Über unsere Stadt hinaus stand er für Selbstbewusstsein, Unbeugsamkeit und Überzeugung. Er ist mit seiner Partei durch dick und dünn gegangen. Niederlagen ließ er sich nicht anmerken und Erfolgsmeldungen überließ er häufig anderen. Er wusste um die Unzulänglichkeiten, Fehler und Missstände der SPD. Aber er kannte auch ihre Vorzüge, Erfolge und Leistungen. Wir werden Kurt Uhlenbruch sehr vermissen: seine Großzügigkeit und seinen Witz, seine Beharrlichkeit und sein entschiedenes Eintreten für Schwächere, seine Fähigkeit zuzuhören und Ratschläge zu geben, sein geradliniges Denken und Handeln. Und nicht zuletzt seine Liebe zu Köln.

Gastbeitrag von Olaf Scholz, Bundesminister für Arbeit und Soziales

Die weltweite Finanzkrise schlägt mittlerweile auch auf Deutschland und die hiesigen Unternehmen durch. Der jüngste Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf über 3,4 Millionen hat gezeigt, dass wir vor schweren Zeiten stehen. In diesen Wochen entscheiden viele Unternehmen darüber, wie sie mit den jüngsten Auftragseinbrüchen umgehen werden. Wir wollen mit unseren Möglichkeiten helfen, dass sie sich gegen Entlassungen und für das Festhalten an ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entscheiden. Dazu haben wir in beiden Konjunkturpaketen vielfältige Hilfen für Unternehmen und Betriebsräte zur Verfügung gestellt. Wir sind gerüstet, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und möglichst schnell wieder Tritt zu fassen.

I. Kurzarbeit statt Entlassen

Wir haben bereits Ende letzten Jahres beschlossen, die maximale Bezugsdauer für **Kurzarbeitergeld** auf 18 Monate zu verlängern. Viele von Ihnen wissen: Kurzarbeit ist ein gutes Instrument, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch dann in Beschäftigung zu halten, wenn im Betrieb Flaute herrscht. Und sie ist auch für befristet Beschäftigte und für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter möglich. Um die Zeit der Kurzarbeit sinnvoll zu nutzen, kann sie mit Qualifizierung kombiniert werden.

Wir haben nun im zweiten Konjunkturpaket vereinbart, dass die Beantragung und das Verfahren bei **Kurzarbeit vereinfacht und entbürokratisiert** werden sollen, insbesondere die **aufwändige Einzelfallprüfung zur Unvermeidbarkeit des Arbeitsausfalls**. Außerdem muss in den nächsten zwei Jahren nicht nachgewiesen werden, dass im Kalendermonat mindestens ein Drittel der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von einem Entgeltausfall von mindestens 10 Prozent betroffen sein werden; in diesem Zeitraum **reicht der Nachweis eines Entgeltausfalls von zehn Prozent** aus. Dadurch kann auch für Leiharbeiter und Festangestellte im Verbund Kurzarbeit durchgeführt werden. **Minusstunden** auf Arbeitszeitkonten sind **keine Voraussetzung** zur Erlangung von Kurzarbeitergeld. Die für das konjunkturelle Kurzarbeitergeld vorgesehenen Regelungen gelten auch für das Saison-Kurzarbeitergeld. Darüber hinaus werden Klarstellungen vorgenommen: **Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter** müssen nicht erst entlassen werden, um das Kurzarbeitergeld für die Stammbesellschaft zu erhalten. Befristet Beschäftigte erhalten ebenso wie die Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter Kurzarbeitergeld.

Im Anschluss an eine **Beschäftigungssicherungsvereinbarung** soll sich das Kurz-

arbeitergeld nach dem zuvor gezahlten vollen tariflichen Entgelt bemessen. Dadurch wollen wir die Gestaltungsspielräume der Betriebsräte vor Ort erhöhen. Wichtig ist vor allem für die älteren Kolleginnen und Kollegen: In der Arbeitsphase der **Altersteilzeit** anfallende Kurzarbeit muss nicht nachgearbeitet werden. Für den Fall, dass sich an eine Beschäftigungssicherungsvereinbarung doch Arbeitslosigkeit anschließt, haben wir sichergestellt, dass sich das Arbeitslosengeld nach der zuvor vertraglich vereinbarten Entgelthöhe bemisst.

Wir haben außerdem verabredet, dass Arbeitgeber in den nächsten zwei Jahren bei Kurzarbeit grundsätzlich nur die **Hälfte der Sozialversicherungsbeiträge** zu tragen haben, die andere Hälfte wird ihnen von der Bundesagentur für Arbeit erstattet.

II. Qualifizieren statt Entlassen

Wir unterstützen Unternehmen, die **qualifizieren statt entlassen**. Das geschieht zum einen durch die

finanzielle Förderung der Qualifizierung während Kurzarbeit. In den Jahren 2009 und 2010 können alle in Kurzarbeit befindlichen Beschäftigten von ihren Arbeitgebern weiterqualifiziert werden. Die Bundesagentur beteiligt sich in diesem Fall nicht nur mit **ESF-Mitteln** an den Weiterbildungskosten. Die konkrete Höhe der Förderung richtet sich nach Art des Programms, der Qualifizierung, der Betriebsgröße und der Person der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers. Auf Antrag des Arbeitgebers können bei Qualifizierung außerdem die **vollen Sozialversicherungsbeiträge für die Zeiten der Qualifizierung während der Kurzarbeit** von der Bundesagentur für Arbeit erstattet werden.

Darüber hinaus wird das Programm zur Förderung der **„Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen“ (WeGebAU)** ausgeweitet. Im Rahmen von WeGebAU können grundsätzlich die Kosten für Weiterbildung oder zum Nachholen eines Berufsabschlusses durch ungelernete oder ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer voll übernommen werden. Zusätzlich werden dem Arbeitgeber bei der Weiterbildung Geringqualifizierter Zuschüsse zum Arbeitslohn gewährt. Künftig kann im Rahmen von WeGebAU auch die Weiterbildung bereits qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefördert werden, wenn diese als sinnvoll für die Verbesserung ihrer künftigen Arbeitsmarktchancen erachtet wird.

Zusätzlich stellt die Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2009 und 2010 für die Wiedereinstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in



der **Leiharbeit Zuschüsse zur Qualifizierung** aus ihrem Haushalt zur Verfügung. Wir haben verabredet, für die Zeitarbeit im **Arbeitnehmerüberlassungsgesetz** eine **Lohnuntergrenze** zu etablieren, die die Tarifautonomie wahrt.

III. Mehr Anstrengungen bei der Arbeitsvermittlung

Bereits im letzten Jahr haben wir die Zahl der Arbeitsvermittlerinnen und Arbeitsvermittler deutlich aufgestockt, um bei drohenden Entlassungen schneller reagieren zu können und die Betreuung und Vermittlung noch einmal deutlich zu verbessern. Jetzt sorgen wir dafür, dass noch einmal **5.000 Vermittlerinnen und Vermittler zusätzlich in den Agenturen für Arbeit und den Argen** arbeiten, auch bei Ihrer Arge oder Agentur vor Ort.

Mit **zusätzlich 1,2 Milliarden Euro im Bereich der Grundsicherung für Arbeitslose (SGB II) und 770 Millionen in der Arbeitslosenversicherung (SGB III)** stärken wir außerdem noch einmal Aktivierung, Betreuung und Qualifizierung. Dabei kümmern wir uns insbesondere um Arbeitnehmer über 25, die über keinen Berufsabschluss verfügen und um Jugendliche, die schon lange vergeblich eine Lehrstelle suchen.

Gleichzeitig werden wir bei der Entwicklung des **gesetzlichen Beitragssatzes zur Arbeitsförderung** antizyklisch agieren. Der Beitragssatz wird bis Ende 2010 bei **2,8%** stabilisiert. Dafür wird eine **Ausgleichsverpflichtung** des Bundeshaushalts durch ein Gesetz festgelegt.

Die Krise wird uns Kraft kosten. Das ist sicher. Sicher ist aber auch, dass sie vorübergehen wird. Wir alle haben es im letzten Jahr spüren können: Wenn die Konjunktur wieder anzieht, dann werden **gute und engagierte Fachkräfte** gebraucht. Das Schlagwort vom Fachkräftemangel war vor der Krise in vielen Betrieben bereits Realität. Wer sich als Unternehmer auch jetzt um seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmert, hat nach dem Ende der Wirtschaftsflaute einen ordentlichen Startvorteil. Diese Botschaft kommt an. Die **DAX30-Unternehmen** haben zugesagt, alles tun zu wollen, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Die Bundesregierung hat zugesagt, dabei zu helfen.

Wir tun alles in unserer Macht stehende, um diese Krise zu meistern und Arbeitsplätze zu sichern. Wir setzen uns mit aller Kraft für Arbeit ein. Ich bin mir sicher: Auch wenn es schwierig wird: Wir werden besser als andere Länder durch die Krise kommen. Denn Deutschland ist ein **solidarisches Land**, in dem der Zusammenhalt eine wesentliche Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges ist.

Wir haben in der Koalition kurzfristig mit entschiedenen Maßnahmen das deutsche Modell gesichert.

Noch können die beschlossenen Maßnahmen nicht voll wirken, aber sie stehen ab sofort zur Verfügung. Insbesondere die Verbesserungen bei der Kurzarbeit werden helfen, die Krise zu bekämpfen. Wir haben damit ein Instrument weiter gestärkt, mit dem Unternehmen und Beschäftigte gemeinsam und solidarisch durch die Krise kommen können.

Eine **Informationsbroschüre zum Kurzarbeitergeld** steht unter www.bmas.de zum Download und bestellen bereit. Das Informationsfaltblatt enthält ausführliche Informationen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zum Thema Kurzarbeit und Qualifizierungsmöglichkeiten während und außerhalb der Kurzarbeitsphase.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit haben unter dem Titel „Einsatz für Arbeit“ eine **gemeinsame Aktion zum Kurzarbeitergeld** gestartet. Auf der Internetseite www.einsatz-fuer-arbeit.de informieren wir tagesaktuell über die anstehenden Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld und wie Betriebe konkret davon profitieren können. Unter der Nummer 01805- 6767-12 haben wir ein Infotelefon eingerichtet, bei dem sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeber informieren können. Auf Wunsch stellen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Infotelefon auch direkt den Kontakt zur örtlichen Agentur für Arbeit her.

Wir müssen aber darüber hinaus mittel- bis langfristig zusehen, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt. Wir müssen uns grundsätzlich der Frage stellen, wie wir unsere soziale Marktwirtschaft so aufstellen, dass sie ihre volle Leistungskraft entfalten kann.

Gerade jetzt zeigt sich, wie wichtig das Miteinander in den Betrieben und zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ist. Ich bin mir sicher, mit unserem **Modell der Sozialpartnerschaft** können wir gut durch die Krise kommen. Wir müssen sie stärken. Dazu reicht es nicht, alte Modelle zu beschwören. Wir müssen an neuen Möglichkeiten arbeiten.

Wir werden weiter alle Anstrengungen unternehmen müssen, unseren allerersten Wettbewerbsvorteil – die Qualifikation unserer Fachkräfte – weiter zu stärken. Wir werden uns weiter darum bemühen, die Arbeitsvermittlung zur leistungsfähigsten Institution unseres Landes zu machen, damit alle, die Arbeit suchen, möglichst schnell wieder Arbeit finden. Niemand soll in dieser schwierigen Situation alleine gelassen werden.

Wir müssen das Soziale wieder besser in unserer Wirtschaftsweise zur Geltung bringen. Da sind in der Vergangenheit Maß und Mitte verlorengegangen. Das wieder in Ordnung zu bringen ist die entscheidende Aufgabe der nächsten Monate und wahrscheinlich auch Jahre.

Abwrack-Bonus beschert Autohändlern Käuferansturm

Nachdem der Deutsche Bundestag am 13. Februar 2009 das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung beschlossen hat, hat am 20. Februar 2009 auch der Bundesrat zugestimmt.

Somit stehen jetzt auch die für die Umweltprämie vorgesehenen Finanzmittel von 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Sie stellen die Obergrenze dar. Die Mittelverteilung erfolgt erschöpfend nach der Reihenfolge der Antragsgänge. Nach der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt (wahrscheinlich ab dem 2. März 2009) können die beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bereits eingegangenen Anträge bearbeitet und beschieden werden.

Die Maßnahme zielt in zwei Richtungen: Vor allem soll sie dazu beitragen, den Einbruch der Automobilkonjunktur infolge der Finanzkrise abzuschwächen. Die große Nachfrage bei den Autohändlern zeigt, dass die Maßnahme an der richtigen Stelle ansetzt und ein voller Erfolg wird. So konnte beispielsweise VW gerade eine Rekordzahl verkaufter Autos melden.

Zum andern wird durch den Ersatz hoch emittierender Altfahrzeuge, die höchstens die Emissionsanforderung von Euro 2 erfüllen, durch moderne Fahrzeuge mit Euro 4 oder besser die Belastung der Luft mit klassischen, gesundheitsgefährdenden Schadstoffen gemindert.

Pkw-Halter, die sich für den Kauf eines neuen und gleichzeitig zur Verschrottung eines alten Fahrzeugs entscheiden, können einen Zuschuss in Höhe von jeweils 2.500 Euro beantragen.

Wichtig ist, dass das zu verschrottende Altfahrzeug mindestens neun Jahre alt ist und zuletzt ein Jahr auf den Antragsteller/-in zugelassen war. Die Prämie kann dann beantragt werden für den Kauf eines Neufahrzeugs bzw. eines höchstens ein Jahr alten, einmalig zugelassenen Jahreswagens.

Anträge können ausschließlich auf dem Postweg beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle gestellt werden. Die Antragsformulare müssen die Originalunterschriften von Antragsteller/in tragen. Folgende Nachweise und Unterlagen müssen beigelegt werden:

- Verwertungsnachweis nach § 15 der Fahrzeug-Zulassungsverordnung, der durch den Betreiber eines anerkannten Demontagebetriebs gem. Altfahrzeugverordnung ausgestellt wurde,
- Verbindliche Erklärung des Betreibers eines anerkannten Demontagebetriebs auf dem Antragsformular, dass die Restkarosserie des Alt-

fahrzeugs zur Verschrottung und zur Erfüllung der Anforderungen nach § 5 Abs. 2 Altfahrzeugverordnung in Verbindung mit Anhang Nr. 4 einer Schredderanlage zugeführt wird,

- Nachweis der Außerbetriebsetzung des Altfahrzeugs durch Kopien der Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein mit dem Vermerk der Zulassungsbehörde über die Außerbetriebsetzung) und der Zulassungsbescheinigung Teil II (Fahrzeugbrief),
- Nachweis der Zulassung des Neufahrzeugs auf den Antragsteller/die Antragstellerin durch Kopien der Zulassungsbescheinigung Teil I (Fahrzeugschein) und der Zulassungsbescheinigung Teil II (Fahrzeugbrief),
- Kopie der Rechnung bzw. des Leasingvertrags für den Erwerb des Neufahrzeugs,
- Bei Jahreswagen von Werksangehörigen der Kfz-Hersteller: Bescheinigung des Kfz-Herstellers, dass der Pkw zum Zeitpunkt des Kaufs auf einen Werksangehörigen/eine Werksangehörige zugelassen war.

Um eine missbräuchliche Beantragung der Umweltprämie in Höhe von 2.500 Euro zu verhindern, ist auf Initiative des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages eine wichtige Anpassung der Richtlinie beschlossen worden: Beim Antrag auf Gewährung der Prämie reicht es nicht aus, dem BAFA die Kopie der Zulassungspapiere des zu verschrottenden Fahrzeugs einzureichen. Erforderlich ist es nunmehr, das entwertete Original der Zulassungsbescheinigung II (Fahrzeugbrief) vorzulegen.

Anträge, für die nicht das vorgeschriebene Antragsformular verwendet wurde, die nicht die Originalunterschriften tragen oder die erforderlichen Nachweise bzw. Unterlagen nicht enthalten, werden nicht bearbeitet und zurückgesandt. Anträge können nicht per Fax oder Email gestellt werden.

→ Infos:

Das **Antragsformular** steht ab sofort auf den Internetseiten www.bafa.de und www.bmwi.de/go/umweltpraemie zum Download bereit.

Hotline: Für Fragen zur Umweltprämie hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle eine neue Telefon-Hotline eingerichtet unter:

030 346 465470 (neu!)

(Für Anrufe auf diese Nummer fallen die üblichen Festnetzgesprächskosten an.)

Gesine Schwan: „Woraus wir leben. Das Persönliche und das Politische“

Am 29. Januar 2009 präsentierte **Franz Müntefering** in Berlin das neue Buch von **Gesine Schwan** „Woraus wir leben. Das Persönliche und das Politische“. Darin beschreibt Gesine Schwan neue Leitlinien für die Politik. Die Präsidentschaftsbewerberin und der Parteivorsitzende der SPD trafen an diesem Abend auf beachtliches Interesse, rund 400 Gäste kamen in die Urania.

Exklusiv spricht Gesine Schwan in ihrem Buch mit Christian Geyer über ihr Leben, ihre Ziele und vor allem ihr Politikverständnis. Schwan zeigt uns das Politische als etwas, das uns persönlich und unmittelbar angeht. In leidenschaftlichen Plädoyers lässt sie keine Reduzierung auf Expertenwissen zu, wo die Allgemeinheit gefragt ist. Sie legt Verzerrungen dar, wo Einzelinteressen behaupten, für das ganze Land zu sprechen. Vor allem aber: Gesine Schwan zeigt, dass Politik grundlegend für die Ausgestaltung unseres Zusammenlebens und die Verwirklichung eines gelungenen Lebens ist.

In ihrem leidenschaftlichen Bekenntnis zum Bürgersinn entwirft Gesine Schwan ein Gegenbild zu Interessenpolitik und Lobbyismus. Ihr Programm: ein neuer Stil der politischen Verständigung, der

die Menschen in Wirtschaft, Politik und Kultur so zusammenführt, dass ein gutes Leben für alle möglich ist.

Wer die Politikwissenschaftlerin und Philosophin, der alles Lebensferne fehlt, hört und liest, begreift unmittelbar: Es ist möglich, das persönliche wie das politische Leben zu gestalten. Die Erfahrung, etwas bewirken zu können, hält Gesine Schwan für wesentlich, um Gefühlen der Ohnmacht und Enttäuschung entgegenzutreten und den Rückzug unserer Gesellschaft ins Private aufzuhalten. Carlo Schmid zitierend, fordert sie, dass die Menschen „ihre Schlafmützen vom Kopfe ziehen und selber tätig werden“.

Die Zuhörer wohnen zwei Stunden einem gepflegten bürgerlich-linksliberalen Salongespräch bei, in dem es viel um Zivilgesellschaft, um Partizipation, Freiheit, Mitbestimmung und am Ende gar um Religion geht.



Gesine Schwan im Gespräch mit Christian Geyer:
Woraus wir leben. Das Persönliche und das Politische
Gebundenes Buch, 220 Seiten, ISBN 978-3-492-052-788,
Piper Verlag, € 16,95 [D]

Frank-Walter Steinmeier „Unser Deutschland“

Seit seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten der SPD im September 2008 steht **Frank-Walter Steinmeier** noch mehr im Fokus des öffentlichen Interesses als bisher. Seine Blitzkarriere ruft Staunen und Bewunderung hervor. Wer ist der neue Hoffnungsträger, der nun das Land regieren will?

Im März 2009 gibt der amtierende Bundesaußenminister selbst Auskunft: In seinem Buch „Unser Deutschland“ spricht Steinmeier erstmals über seinen persönlichen Werdegang, erzählt von seiner Herkunft aus einer ostwestfälischen Handwerkerfamilie, seiner Schul- und Studienzeit sowie seiner politischen „Kinderstube“. Er beschreibt, wie die Politik Willy Brandts ihn für die Sozialdemokratie gewann und resümiert seine Erfahrungen aus fast zwanzig Jahren Landes- und Bundespolitik.

Zu seinem persönlichen Rückblick setzt Steinmeier Themen der Zukunft: Bildung, Arbeit, Klimaschutz und Energiesicherheit – vor dem Hintergrund einer veränderten Rolle Deutschlands in der globalisier-

ten Welt. Sein Bild von einer modernisierten Gesellschaft ist von Optimismus geprägt. In "Unser Deutschland" setzt er dem Krisengefühl Zuversicht entgegen und formuliert seine Vision einer fairen Gesellschaft.

Im Zentrum seiner politischen Vision stehen Fairness, Respekt und Gerechtigkeit als Grundlage der Gesellschaft. „Ich will, dass wir das Modell Deutschland, mit dem Willy Brandt und Helmut Schmidt so erfolgreich regiert haben, für die Zukunft neu begründen.“

Das persönliche und programmatische Buch des Außenministers und Kanzlerkandidaten der SPD erscheint am 12. März 2009.



Frank-Walter Steinmeier: Unser Deutschland
Gebundenes Buch, 320 Seiten, ISBN 978-3-570-01114-0,
Verlag C. Bertelsmann, € 19,95 [D]

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



Auf der Homepage www.martin-doermann.de sind 38 Portraits in einer Sonderausgabe abrufbar (Startseite)

Vorgestellt: Jens Böhnrsen

Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Biografie

Geboren am 12. Juni 1949 in Bremen-Gröpelingen, zwei erwachsene Söhne.



Beruflicher Werdegang

1968 Abitur. 1968 bis 1973 Jura-Studium in Kiel, 1973 Erstes und 1977 Zweites Juristisches

Staatsexamen. 1974 bis 1975 Zivildienst. 1977 Assessor in der Bremischen Verwaltung. 1978 bis 1980 Richter auf Probe am Verwaltungsgericht Bremen. 1980 bis 1990 Richter am Verwaltungsgericht Bremen. 1991 bis 1995 Vorsitzender Richter der 6. Kammer (Öffentliches Dienstrecht) am Verwaltungsgericht Bremen.

Politischer Werdegang

1967 Eintritt in die SPD

1995 bis 2005 Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft

1999 bis 2005 Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

seit 2005 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

10 persönliche Fragen an Jens Böhnrsen

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Willy Brandt, Julius Leber

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Aung San Suu Kyi, die Friedensnobelpreisträgerin von Birma, die 1991 den Friedensnobelpreis erhielt.

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Mecklenburg-Vorpommern, dort besonders die Seenplatte und Usedom

4. Ihre Leidenschaften?

Werder Bremen

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Soziale Gerechtigkeit und solidarische Gesellschaft

6. Ihr Lieblingsfilm?

Casablanca, Zeiten des Aufruhrs

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblings Sänger?

Rolling Stones

8. Wen oder was nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

Meine Liebste

9. Ihre Lieblingsbücher?

Das wechselt hin und wieder, im Moment das neueste Werk über die bremische Geschichte nach 1945

10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Heinz Erhardt, Reiner Kröhnert

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2009

Für 2009 wurden bislang die 7., 10., 12., 13., 17., 19., 20., 22., 25. und 27. Kalenderwochen als Sitzungswochen festgelegt. Am 27. September 2009 ist Bundestagswahl, die Sitzungswochen danach werden später bestimmt.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Mitgliedschaften in Gremien

- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Unterausschuss Neue Medien
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (stellv. Mitglied)
- Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion
- Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post, und Eisenbahnen

Funktionen in der SPD-Bundestagsfraktion

- Stellv. wirtschaftspolitischer Sprecher
- Berichterstatter für Telekommunikation sowie Luft- und Raumfahrt

Bundestagswahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonius“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Spendenkonto für die Bundestagswahl 2009

Für diejenigen, die für den SPD-Bundestagswahlkampf im Wahlkreis spenden möchten, hier die

Kontoverbindung: Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr.: 42 42 053

Bitte als Zweck angeben: Spende Bundestagswahlkampf WK 94 Dörmann

(Für die Spendenquittung sicherheitshalber die Adresse mit angeben.)

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327

51143 Köln (Porz)

Telefon: 02203 / 52144

Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212

51103 Köln (Kalk)

Telefon: 0221 / 8704302

Homepagebeauftragter:

Ralf Seinmeier

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b

50672 Köln (Innenstadt)

Tel. 0221 / 169 195-77

Fax 0221 / 169 195-79

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

koelner-spd-mdb@netcolgne.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Marc Drögemöller, Stefan Stader

Bildnachweis: Parteivorstand (Seite 3, 14), Deutscher Bundestag/Avila (Seite 10)

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de

